



## „Wir kümmern uns darum“

Von Lothar Adolf, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender

„Von Praktikern für Praktiker“ – mit dieser Zielsetzung rief die GdP Baden-Württemberg im Jahr 2011 den „Kripogipfel“ ins Leben.

Dies ist eine Arbeitsgruppe, die sich aus dem Vertreter für die Kriminalpolizei im Geschäftsführenden Landesvorstand, Robert Silbe, den Kreisgruppenvorsitzenden des Landesbezirkes, die bei der Kriminalpolizei Dienst verrichten und ein paar „handverlesenen“ Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis zusammensetzt. Verstärkt durch „junge Kolleginnen“ aus GdP und Kriminalpolizei sowie dem Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner und dem stellv. Landesvorsitzenden Lothar Adolf kümmern sich also insgesamt 16 Kolleginnen und Kollegen um die Belange der Kriminalpolizei.

Langjährige Erfahrung aus der Arbeit als KAST-Leiter, KI-Leiter, Dezernatsleiter, Fahndungsleiter, Sachbearbeiter, Personalrat bis hin zur Gewerkschaftsarbeit garantiert geballte Kompetenz und Meinungsvielfalt. Kurz, wir sind im Bereich Kriminalpolizei gut aufgestellt und auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet.

Nicht erst seit der Bekanntgabe des Eckpunktepapiers zur Strukturreform der Polizei in Baden-Württemberg hat der Kripogipfel Probleme der Kriminalpolizei aufgegriffen, Stellung genommen und Fehler aufgezeigt, ja sogar vermeiden können. Leider ist uns dies nicht bei allen Themen gelungen.

Deshalb setzt sich der Kripogipfel sehr intensiv mit dem Thema Polizeireform auseinander. Mit guter Vernetzung, ständiger Informationsaustausch (fachlich auch mit dem BDK), klare Positionierung und deutliche Stellungnahmen hat sich der Kripogipfel als anerkannter Gesprächspartner etabliert.

So trafen sich bereits Anfang August Vertreter des „GdP-Kripogipfels“, vertreten durch Gundram Lottmann, Harald Steinhart und Heinz Remke sowie Rüdiger Seidenspinner und Lothar Adolf mit der Projektleitung des QP 5 – Kriminalpolizei, Ltd. KD Martin Schatz und KOR Frank Spitzmüller im Innenministerium zu einem Gedankenaustausch.

In einem sehr offenen aber auch durchaus kritischen Gespräch stellte die Projektleitung ihre Planung und den aktuellen



Sachstand dar, wonach derzeit immer noch eine Reihe Arbeitspakete abuarbeiten sind.

### Kriminaldauerdienst

Das Thema war natürlich der Kriminaldauerdienstes. Die Vertreter des Kripogipfels machten der Projektleitung von Anfang an klar, dass seit Bekanntgabe der Standorte und der Rahmenbedingungen eine große Verunsicherung herrsche, die immer mehr zunehme. Vor allem sei vor Ort nicht klar, was vorgegeben ist und wo noch Spielräume sind.

Nach der Projektleitung gibt es lediglich die politische Vorgabe zur Stärkung der Ermittlungstätigkeit und für den KDD-7-Tage/24-Stunden-Dienst mit 10% der Gesamtstärke K. Dabei seien verschiedene lageorientierte aber auch sozialverträgliche Arbeitszeitmodelle denkbar. Die Ausgestaltung will man grundsätzlich den Projekten überlassen.

Aber das scheint das Problem zu sein, denn die Rahmenvorgaben des QP 5 werden vor Ort doch sehr unterschiedlich ausgelegt. Insbesondere beim Thema Arbeitszeit erhoffen sich viele Projektverantwortliche vom KDD eine Art „Verfügungsmasse“. Bei vielen Modellen würde dies bedeuten, dass der KDD nur nachts und am Wochenende arbeiten müsse.

Allein schon diesem Ansinnen hat der Kripogipfel eine klare Absage erteilt.

Die Gipfelvertreter forderten vielmehr eine klare Aufgabenabgrenzung bzw. -beschreibung und klare Arbeitszeitvorgaben. Diese könnten sich zunächst am landeseinheitlichen WSD orientieren, wobei abweichende Modelle auf Wunsch der Betroffenen denkbar und zulässig sein können. Das Durcheinander von lageorientierten Arbeitszeiten, Präsenz- und Bereitschaftszeiten müsse schleunigst beendet werden.

Als Anreize für den KDD werden schriftlich vereinbarte „Standzeiten“ sowie klare Perspektiven während der Tätigkeit, z. B. durch Funktionsstellen analog des Streifen dienstes und bezogen auf eine mögliche Anschlussverwendung, gefordert. Nur so könnten auch erfahrene Kriminalisten/-innen bewogen werden, eine Zeit lang KDD zu verrichten.

Kritisch gesehen wird auch der vorgegebene Rahmen von 10% der Gesamtstärke der Kriminalpolizei.

Unsere Forderung geht dahin, den KDD personell von Anfang an funktionsfähig auszugestalten. Ständige Verstärkungen durch Fachdezernate (wie heute häufig praktiziert) oder Kriminalkommissariate sind zu vermeiden. Bezüglich Mindeststärke, Ausfallzeiten, Urlaub etc. braucht nur auf die Erfahrungswerte aus dem Wechselschichtdienst zurückgegriffen werden. Dazu kommt eine erhöhte Ausbildungslast, da der KDD ja zukünftig der Einstieg für die Kriminalpolizei bedeuten solle und ein erhöhter eigener Fortbildungsbedarf, z. B. beim Einsatztraining (der KDD wird sicherlich der Zielgruppe 1 zugerechnet).

Die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen und Ausstattung versteht sich eigentlich von selbst – wird von uns aber trotzdem nachdrücklich gefordert. Wir kritisierten vor allem den aus unserer Sicht falschen Weg, die einzelnen Dezernate, Bereiche und Dienststellen prozentual zu besetzen. Wir fordern, dass zunächst eine Aufgabenbeschreibung und -abgrenzung erstellt und dann anhand realer Fallzahlen der Rahmen für eine Personalplanung vorgegeben wird. Dazu gehört zwingend auch eine Definition der sogenannten Querschnittsaufgaben und wer wie davon entlastet wird.

*Fortsetzung auf Seite 2*



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP [digit@1](mailto:digit@1) veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe 2012 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 7. September 2012, und für die November-Ausgabe 2012, Freitag, der 5. Oktober 2012.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

**Wolfgang Kircher und Thomas Mohr**

*Fortsetzung von Seite 1*

Im Augenblick zeichnet sich ab, dass die Personalberechnungen für die Führungsaufgaben, den KDD und die Querschnittsaufgaben derart dominieren, dass für die klassischen Ermittlungsdezernate und vor allem für die Kriminalkommissariate nicht mehr genügend Personal übrig bleibt.

Klare Forderung des Kripogipfels daher, zuerst muss die Arbeitsfähigkeit der Kriminalkommissariate und der Ermittlungsdezernate definiert werden und dann können KDD, die „Querschnittsdezernate“ und die Führung darum aufgebaut werden.

Ein anderer Weg wird nicht zielführend sein bzw. den klassischen Ermittlungsbereich ziemlich schnell an den Rand der Leistungsfähigkeit bringen. Oberstes Gebot muss sein, dass sich die personelle Ausgestaltung zwingend an realen Fallzahlen und dem zukünftigen Aufgabenbereich zu orientieren hat. „Schein- oder Alibipräsenzzeiten“ sind genauso abzulehnen wie das Ignorieren von Arbeit, die nicht in der Kriminalstatistik auftaucht, wie z. B. unnatürliche Todesfälle, Vermisstenfälle, etc. Arbeit also, die „keine Zahlen bringt“ aber trotzdem erheblich belastet.

Wir fordern schlicht etwas mehr Ehrlichkeit und Praxisnähe.

### Deutliche Signale

Eine weitere Forderung geht dahin, dass die Kollegen/-innen deutliche Signale vom QP 5 erwarten. Das Projekt muss deutlich sagen, wo der Weg hingehen soll. Die Grenzen zwischen Vorgaben, Rahmenbedingungen und flexiblen Spielräumen sind nicht klar erkennbar. „Draußen“ macht sich der Eindruck breit, dass man Einbringen kann was man will und das Projekt macht trotzdem „was es will“. Dabei werden immer wieder Vorgaben der Querschnittsprojekte vorgeschoben. Das frustriert natürlich zusätzlich insbesondere die mehrfach belasteten Personalvertreter. Die Projektleitung ihrerseits sieht jedoch noch keinen Handlungsbedarf. Die Projekte vor Ort sind noch in einer Planungsphase und ein korrigierendes Eingreifen sei erst möglich, wenn Planungen vorgelegt würden. Außerdem lasse man bewusst lokal unterschiedliche Lösun-

gen zu, so z. B. auch dislozierte Arbeitsbereiche oder mehrere KDD-Standorte.

Kritisiert wird zudem, dass in den Projekten bereits Vorauswahlgespräche zur Besetzung des KDD geführt werden. Obwohl auch wir den Fortbildungsbedarf dieser Kollegen/-innen, alleine schon im KT-Bereich,



**Rüdiger Seidenspinner und Gundram Lottmann**

reich, sehen, muss trotzdem das Interessenbekundungsverfahren (IBV) abgewartet werden. Aber da beißt sich die Katze in den Schwanz, denn für ein IBV müssen natürlich vorher die Arbeitsbedingungen, also Aufgabenbeschreibung und Arbeitszeit, feststehen.

### Obwohl das Thema KDD dominierte, wurden natürlich auch andere Themen angesprochen

- Intensiv wurde über Aufbau und Stärke der Kriminalkommissariate diskutiert. Hier ist vor allem zu befürchten, dass wieder einmal den „Letzten die Hunde beißen“, soll heißen, erst wenn alles andere bedient ist, werden die KKs besetzt.

Unsere Forderungen dagegen gehen gerade in die entgegengesetzte Richtung. Zuerst müssen die Ermittlungsbereiche in die Lage versetzt werden, selbstorganisiert zu arbeiten. Dazu müssen anhand realer Belastungszahlen (siehe oben) Standards festgeschrieben werden. Kritisiert werden vor allem die starren Stärkevorgaben von 15 bzw. 30, die jetzt auch noch um die Querschnitts- und Führungsbereiche gekürzt werden sollen. Vereinzelt bleiben dann nur noch zehn bis zwölf „reine“ Ermittler übrig. Dass das nicht reicht bzw. zu weiterem Verdrängungseffekt führt, liegt auf der Hand. Zudem besteht die Gefahr, dass wir eine Zwei- oder Mehrklassen-Kriminalpolizei erhalten werden. Dies gilt es in jedem Fall zu vermeiden, da insbesondere in den KKs zukünftig qualifizierte Basisarbeit geleistet werden soll und muss. Das hat was mit Wertigkeit und Wertschätzung zu tun.

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-service.com](mailto:info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigentel:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381





## QUO VADIS KRIMINALPOLIZEI

Diesen Bedenken und Forderungen hält die Projektleitung entgegen, dass es sich bei den „Vorgaben“ nur um Orientierungswerte handelt, dass zu den reinen Ermittlern noch Personal aus den Querschnittsdezernaten sowie Prävention und ggfs. Gemeinsame Fahndungs- und Ermittlungsgruppen



Harald Steinhart und Heinz Remke

kommen. Auch sind aus Gründen der Sozialverträglichkeit befristet Überhänge möglich und zulässig.

- Beim Thema KTUen und der KTI verwies die Projektleitung ans LKA, wo die Umsetzung erfolgen soll. Da insbesondere in diesem hoch spezialisierten Bereich ein Wissensverlust zu befürchten ist, sind im Zuge einer sozialverträglichen Umsetzung differenzierte und vor allem dislozierte Lösungen denkbar. Auch werde der Erhalt von Außenstellen geprüft.

Ziel ist eine zukünftige Konzentration in einer Art Stufenkonzept. Die bei den zukünftigen KKs vorhandene Kriminaltechnik soll auch zukünftig vor Ort bleiben. Mindeststandard sind getrennte Spurensicherungsräume – in teure Technik wird jedoch nur zentral investiert.

Vor Ort sollen zukünftig „SOKO-Räume“ eingerichtet werden. Unsere Forderung ging ergänzend dahingehend, dass am Standort der KPDir ein Soko-Raum komplett mit PC's, Telefonen usw. analog eines Einsatzraumes der FESSt eingerichtet werden.

- Beim Thema Arbeitszeit war die große Frage, was unter „Präsenzzeiten“ zu verstehen ist. Demnach sind im Zusammenwirken von KDD, KT-Bereitschaft und gemeinsame Fahndungsgruppen Dienstzeiten von 6.00 bis 22.00 Uhr angedacht.

Im Gegensatz zum Projekt sehen wir keinerlei Regelungsbedarf, denn die Kriminalpolizei ist grundsätzlich immer im Dienst bzw. erreichbar. Diese Einschränkung kann also nur als Misstrauen gewertet werden. Dem entgegen die Projektleitung, dass sich

diese Modelle noch in der Findungsphase befinden und lediglich als Anregung nach „Außen“ gegeben wurden. Trotz unseres Einwandes, dass sich hier schon wieder mancher Teilprojektverantwortlicher „aus-tobt“, sieht das Projekt keinen Handlungsbedarf, da es noch keinerlei Vorlagen und schon gar keine Entscheidungen gibt. In diesem Zusammenhang haben wir erneut davor gewarnt, das Thema Arbeitszeit mit der Umsetzung der Strukturreform zu verbinden oder gar lösen zu wollen. Es könne sonst der Eindruck entstehen, dass „sie sich es jetzt einfach passend richten“. Wir verwiesen auf die Brisanz dieses Themas auf unsere nach wie vor ableh-

nende Grundhaltung und die Forderungen der GdP im Zusammenhang mit der Arbeitszeit.

- Ein weiteres Thema war die Festschreibung der konkreten Aufgaben und Stellenverteilung zwischen den Kriminalpolizeidirektionen und dem Landeskriminalamt in der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Demnach soll ein Großteil des Personals der Dezernate W bei den LPD'en (80%) zum LKA kommen. Dafür werden dann alle von den Schwerpunktstaatsanwaltschaften zugewiesenen Fälle der Wirtschaftskriminalität mit Ausnahme der WESP-Fälle und der Verfahren, die auf Grund der Ergebnisse dezentraler Ermittlungen nachträglich an eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft abgegeben werden, durch das Landeskriminalamt zentral bearbeitet. Geprüft wird noch ein dislozierter Standort des LKA's im badischen Landesteil.

- Im weiteren Gesprächsverlauf wurde die Wiedereinführung der Fahndungskosten-

pauschale zumindest für die tatsächlich operativ tätigen Ermittlungsbereiche gefordert. Die zukünftigen Präsidiumsabschnitte und Aufgabenstellungen werden zwangsläufig weitere Fahrstrecken und damit einen Mehraufwand mit sich bringen.

- Kritisiert wurde die anteilige oder gar prozentuale Besetzung von Stellen in den FLZs durch die Kriminalpolizei, da sich aus unserer Sicht die Besetzung alleine aus der Bewerber- und Interessenlage ergeben müsse.

- Und schließlich wurde noch eine weitere sozialverträgliche Lösung angeregt. DASTA-Angestellte im Schichtdienst, die weiterhin Schichtdienst verrichten wollen, könnten u. a. als Schreibkräfte im KDD weiterbeschäftigt werden.

Dass wir uns aber auch durchaus mit den kleinen Problemen des Alltags beschäftigen zeigt, dass im Rahmen dieses Gespräches auch die Forderung nach Freisichtung der Autoradios und damit verbunden der Freisprechrichtungen für Handys sowie die grundsätzliche Ausstattung aller Fahrzeuge



Der Leiter des QP 5, Ltd. Kriminaldirektor Martin Schatz

Fotos: Lothar Adolf

mit Navi-Geräten gefordert wurden. Ein Beleg dafür, dass sich die GdP wirklich darum kümmert. Gemeinsames Ziel von Projektleitung und GdP ist nach wie vor, möglichst alle Kollegen und Kolleginnen in diesen Reformprozess einzubinden und mitzunehmen.

Daher fordern wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, uns ihre Sorgen, Nöte und Vorschläge zukommenzulassen – denn nur dann können wir uns auch darum kümmern.

LAD



**SPARMASSNAHMEN**

**Beabsichtigte Eingriffe in die Pensionen**

Die Landesregierung plant die Einkommensgrenze bei der Beihilfe für berücksichtigungsfähige Ehegatten von 18 000,- € auf 10 000,- € abzusenken.

Dies würde, sollte es so kommen, ein massiver Eingriff in die Pensionen darstellen, der durch nichts gerechtfertigt ist.

Die Beihilfeverordnung setzt in Paragraph 5 Abs. 4 Nr. 4 eine Einkommensgrenze von 18 000,- € (in den beiden Kalenderjahren vor der Antragstellung) fest. Diese soll nun auf 10 000,- € abgesenkt werden.

Hört eine Ehefrau eines Beamten auf zu arbeiten, nachdem ihr Mann in Pension gegangen ist und erhält sie eine Rente i. H. v. 850,- € im Monat, so würde sie keine Beihilfe mehr erhalten. Nach der geltenden Beihilfeverordnung ist die Obergrenze eine monatliche Rente von 1500,- €.

Anzeigen

Werden Sie Mitglied beim  
**»Deutschen Roten Kreuz«**

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch  
**Labor Dr. Gärtner**  
 Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0

Lohnsteuerhilfe Baden-Württemberg e.V.  
 Lohnsteuerhilferevier

Im Rahmen einer Mitgliedschaft beraten wir ganzjährig in Steuersachen und erstellen Ihre

**Einkommensteuererklärung**  
nach §4 Nr. 11 SIBerG

Markomannenstr. 11  
 70771 Leinfelden-Echterdingen  
 Tel.: 0711 7083358  
 www.lohi-bw.de

**Gewerkschaft der Polizei**  
Landesbezirk BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.

Der Vorsitzende

Herrn  
 Dr. Nils Schmid  
 MdL, Minister für Finanzen und Wirtschaft  
 des Landes Baden-Württemberg  
 Theodor-Heuss-Str. 4  
 70174 Stuttgart

07.08.2012

Sehr geehrter Herr Minister,

ich möchte mich heute, vor unserem nächsten Gespräch, nochmals zu den geplanten Einsparüberlegungen der Landesregierung zu Wort melden. Ich halte es für sinnvoll, den einen oder anderen Punkt bereits im Vorfeld näher zu erläutern.

Es geht um die Absenkung der Einkommensgrenze bei der Beihilfe für berücksichtigungsfähige Ehegatten von 18.000 € auf 10.000,- €.

Dieses Vorhaben hätte gerade für Pensionäre und lebensältere Beamte ungeahnte Folgen. Es wäre das erste Mal, dass durch Sparmaßnahmen einer Landesregierung, so gravierend in die Pensionen eingegriffen würde.

Hierzu ein Beispiel, durch welches die Problematik verdeutlicht werden soll:

Die Ehefrau eines Versorgungsempfängers hört auf zu arbeiten, nachdem ihr Mann in Pension gegangen ist.

Sie erhält beim Eintritt ins Rentenalter eine Rente i.H.v.850,-€, was im Jahr mehr als 10.000,-€ entspricht und würde somit keine Beihilfe mehr erhalten.

Wenn sie in den letzten Jahren vor der Rente nicht mehr berufstätig war, ist sie somit nicht gesetzlich krankenversichert. Wer in den letzten 20 Jahren vor Rentenbeginn mehr als 10% der Zeit (also 2 Jahre) nicht gesetzlich versichert war, wird dort nicht mehr aufgenommen.

Sie zahlt als Beihilferechtigte monatlich rund 265,-€ an eine private Krankenkasse, weil sie als Beihilferechtigte 30% Leistung, die nicht durch die Beihilfe abgedeckt wird, zusätzlich absichern muss.

Postfach 2112 71533 Eberdingen      Mitgliedsstelle 2 71533 Eberdingen      Telefon 07042-879-0 Telefax 07042-879-211      landesvorsitzender@gdp-bw.de www.gdp-bw.de


Würde nun die 10.000,-€-Grenze eingeführt, müsste sie für die volle private Krankenversicherung ca. 880,00 € monatlich zahlen. Das wäre mehr als Ihre Rente!

Dies würde eine massive Renten- bzw. Pensionskürzung darstellen, die es nicht geben darf.

Mir ist es ein ganz besonderes Anliegen, auf diesen Punkt noch einmal im Vorfeld hinzuweisen.

Wie beim letzten Gespräch verdeutlicht, sind wir für neue Überlegungen offen, aber der Bestand und die Pensionäre und deren Angehörige dürfen nicht Gegenstand solcher Überlegungen sein.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Seidenspinner  
 Landesvorsitzender

Die Durchschnittsrente betrug im Jahr 2011 rund 1176,- € pro Monat, wobei 45% der Rentenbezieher mit 900 bis 1000 € auskommen mussten. Diese würden alle keine Beihilfe mehr bekommen und hätten auch keinerlei Chance vorzusorgen.

Das kann aus Sicht der GdP nicht sein. Deshalb haben wir dem Finanzminister

und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (SPD) in Baden-Württemberg den abgedruckten Brief geschickt.

Am 5. 9. 2012 findet das nächste Gespräch im Finanzministerium statt. Wir erwarten, dass diese Pläne vom Tisch verschwinden!

*RSeid*



SPARMASSNAHMEN

# Es geht mal wieder an unseren Geldbeutel

Ein Kommentar von Rüdiger Seidenspinner

Der Beamtenbund ist für einen Pakt mit der Landesregierung, so oder ähnlich stand es in der 33 KW in den Medien der Landeshauptstadt zu lesen. Beide, WFM Nils Schmid und bbw-Chef Stich befanden sich zum Zeitpunkt der Pressemeldungen im Urlaub. Schmid, der in der Opposition noch versprochen hat, die Pensionen und die Beihilfe nicht anzutasten, ist nun auf einem völlig anderen Weg unterwegs und der bbw, der noch zu Jahresbeginn eine riesige Schauveranstaltung hinter verschlossenen Türen veranstaltet hat, will nun einen Pakt. Einen Pakt zu welchen Konditionen? Vielleicht wie bei unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz eine Gehaltserhöhung von 1%? Die Beamten des Landes Baden-Württemberg haben in der Vergangenheit schon viel zu viel zur Haushaltskonsolidierung beitragen müssen, deshalb muss jetzt mal endlich Schluss sein. Doch bevor die wirklichen Streichpunkte auf dem Tisch liegen, wird schon wieder von einem Pakt geredet. Interessant dabei ist vor allem die Tatsache, dass die Streichung der 10% On-Top aufgrund des Widerstandes des bbw nun doch nicht kommen wird, getreu nach dem Motto „bitte bei allen Streichen, nur nicht bei den Spitzengehältern“, denn genau diese stellen die Mehrzahl der ca. 600 Verlängerungen (siehe Liste).

Die Einlassungen der Opposition hören sich gut an, denn was will die Opposition auch schon sagen. Die war schon immer auf unserer Seite, solange sie in der Opposition war!

## Leistungsanreize

Bei § 73 LBesG: nicht ruhegehaltfähiger Zuschlag – Höhe des Zuschlags: 10%

– die Höhe bestimmt sich aus den Dienstbezügen, Zuschüssen zum Grundgehalt, Amts- und Strukturzulagen.

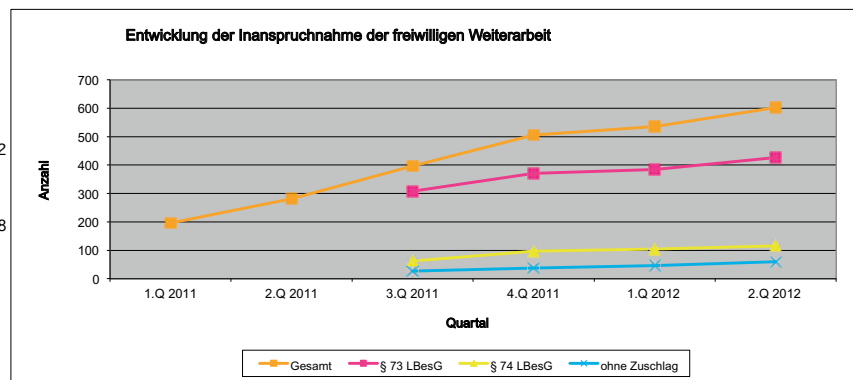
Bei § 74 LBesG: nicht ruhegehaltfähiger Zuschlag bei Hinausschiebung der Altersgrenze bei Teilzeitbeschäftigung – die Höhe des Zuschlags bestimmt sich nach dem Teil des Ruhegehalts, welcher sich aus dem Verhältnis aus der Freistellung während der Hinausschiebung der Altersgrenze zur regelmäßigen Arbeitszeit ergibt.

### Übersicht über die Inanspruchnahme der freiwilligen Weiterarbeit

Stand: 2.Q 2012

| Besoldungsgruppe | § 73 LBesG | § 74 LBesG | ohne Zuschlag | Summe |
|------------------|------------|------------|---------------|-------|
| A8               | 2          | 1          | 0             | 3     |
| A9               | 26         | 8          | 7             | 41    |
| A10              | 12         | 7          | 0             | 19    |
| A11              | 64         | 21         | 5             | 90    |
| A12              | 42         | 19         | 11            | 72    |
| A13              | 89         | 31         | 13            | 133   |
| A14              | 40         | 21         | 12            | 73    |
| A15              | 40         | 3          | 3             | 46    |
| A16              | 13         | 0          | 3             | 16    |
| B3               | 2          | 0          | 0             | 2     |
| B6               | 1          | 0          | 0             | 1     |
| C2               | 3          | 0          | 1             | 4     |
| C3               | 21         | 1          | 2             | 24    |
| C4               | 41         | 0          | 3             | 44    |
| R1               | 8          | 3          | 0             | 11    |
| R2               | 11         | 0          | 0             | 11    |
| R3               | 4          | 1          | 0             | 5     |
| R4               | 2          | 0          | 0             | 2     |
| W2               | 1          | 0          | 0             | 1     |
| W3               | 4          | 0          | 0             | 4     |
| <b>Summe</b>     | <b>426</b> | <b>116</b> | <b>60</b>     |       |

|               |            |
|---------------|------------|
| <b>Gesamt</b> | <b>602</b> |
|---------------|------------|



|          | Gesamt | § 73 LBesG | § 74 LBesG | ohne Zuschlag |
|----------|--------|------------|------------|---------------|
| 1.Q 2011 | 196    |            |            |               |
| 2.Q 2011 | 281    |            |            |               |
| 3.Q 2011 | 397    | 308        | 62         | 27            |
| 4.Q 2011 | 506    | 371        | 97         | 38            |
| 1.Q 2012 | 535    | 385        | 104        | 46            |
| 2.Q 2012 | 602    | 426        | 116        | 60            |

\*Daten nicht aufbereitet  
\*Daten nicht aufbereitet





## Herzlichen Glückwunsch



**Der Kreisgruppenvorsitzende Reinhard Grufbeck gratuliert Christina Falk**

Anfang Juli 2012 durfte unser langjähriges Kreisgruppenvorstandsmitglied und Tarifexperte Christina Falk den 60. Geburtstag feiern. Hierzu gratulierte ihr der Kreisgruppenvorsitzende Reinhard Grufbeck im Namen der gesamten Kreisgruppe Ortenaukreis ganz herzlich und wünschte

ihr für die Zukunft alles Gute. Gleichzeitig bedankte er sich bei Christina für deren Engagement und für die bislang geleistete Gewerkschaftsarbeit und überreichte ihr als kleine Anerkennung ein Präsent.

Für die Kreisgruppe Ortenaukreis  
**Reinhard Grufbeck, Vorsitzender**



## Nächstes Tagesseminar für Seniorenvertreter im Regierungsbezirk Stuttgart

In der letzten „Deutschen Polizei“ hatten wir über ein erstes Tagesseminar für Seniorenvertreter in den Kreisgruppen berichtet, das wir im Regierungsbezirk Tübingen durchgeführt hatten. Jetzt ist geplant, im 2. Halbjahr 2012 im Regierungsbezirk Stuttgart das nächste Seminar durchzuführen. Kollege Uwe Biehler, Beisitzer für den Reg.-Bez. Stuttgart im GdP-Landesvorstand wird, zusammen mit dem Landesseniorenvorstand die organisatorischen Vorbereitungen treffen.

Die Seniorenvertreter in den Kreisgruppen des Reg.-Bez. Stuttgart sollten also sich schon einmal darauf einstellen und ggf. Uwe Biehler bei der Terminsuche behilflich sein. Im Jahr 2013 sind

dann zwei weitere Seminare in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg vorgesehen. **H. W. Fischer**

## Seniorenstammtisch der KG Heilbronn

Der nächste Seniorenstammtisch der Kreisgruppe Heilbronn findet am Montag, dem 10. September 2012, in der gemeinsamen Kantine Finanzamt/Polizeidirektion Heilbronn um 14.30 Uhr statt. **EW**

## Die GdP gratuliert herzlich

### Zur Beförderung zum/zur:

Kriminalhauptkommissar A 12  
Sigmaringen: Reinhold Eninger

### Polizeihauptkommissar

Rems-Murr-Kreis: Achim Hahn  
Pforzheim: Dieter Hanselmann,  
Eugen Merkle, Volker Weingardt  
Zollernalbkreis: Wolfgang Kiessling

### Polizeioberkommissar

Ludwigsburg: Michael Harnisch  
Böblingen PD: Alexander Schäufele  
Bodenseekreis: Michael Weber

### Polizeikommissar

Göppingen PD: Jürgen Schmolh  
Calw: Alexander König  
Mosbach: Simon Beeser  
Tübingen PD: Uwe Lengerer,  
Dominik Koch

### Polizeihauptmeister mit Zulage

Rems-Murr-Kreis: Peter Weiß

### Polizeihauptmeister

Göppingen PD: Tanja Nonnenmann  
Ludwigsburg: Ivonne Neher  
Rems-Murr-Kreis: Aranka Nagel  
Schwäbisch Hall: Dennis Schultheiss  
Bodenseekreis: Bernd Geister  
Pforzheim: Andreas Haug  
Zollernalbkreis: Uwe Kurth

### Polizeiobermeister

Ludwigsburg: Julia Blessing  
Rems-Murr-Kreis: Heidrun Schornik

### Es traten in den Ruhestand:

Alb-Donau/Ulm: Anton Wenzel,  
Erwin Rotter  
Bepo-Göppingen: Horst Maier,  
Wolfhard Henkel  
Bepo-Böblingen: Gunter Teuscher  
Freiburg PD: Wilhelm Meisner  
Göppingen PD: Erwin Hartmann  
Emmendingen: Johann Gerber  
Karlsruhe PP: Manfred Muck,  
Hans Hilgers, Klaus Cox  
Konstanz: Berthold Hornstein  
Main-Tauber-Kreis:  
Edgar Zimmermann, Heinz Eckert  
Ludwigsburg: Erwin Ziegler  
Pforzheim: Harald Ugi, Roland Schäfer  
Stuttgart PP: Volker Mack,  
Günter Pfeffer  
Mannheim: Klaus Herrmann  
Tübingen PD: Heinz Rühle

**Zusammengestellt v. A. Burckhardt**



**19. GdP KINDER- UND JUGENDFREIZEIT 2012****„Römer“ schlagen am Bodensee ihre Lager auf**

**In der ersten Ferienwoche war es wieder soweit und 119 Kinder folgten der Einladung der GdP JUNGE GRUPPE zur 19. GdP Kinder- und Jugendfreizeit, die vom 28. 7. bis 4. 8. 2012 stattfand.**

bias Schmidberger hatten das diesjährige Camp organisiert und waren auch für Kinder und Betreuer auf dem Platz immer Ansprechpartner in allen Fragen.

Das diesjährige Thema war „Altes Rom“ und standesgemäß begrüßten die Betreuer in antiken Kostümen die Kin-

der am Anreisetag. Ob als Senator, Legionär, Prätorianer oder Gallier, die Betreuer legten sich bei ihrer Verkleidung schwer ins Zeug. Jeweils um die sechs Buben und sechs Mädchen waren altersgleich in einer der zehn Gruppen, die von je zwei ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen betreut wurden.

Am ersten Tag wurden die Kinder von ihren Eltern ins Camp gebracht. Ca. 50 Kinder nahmen den Service in Anspruch und fuhren mit dem Bustransfer ins Camp. Über Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart und Horb sammelten die Busbetreuer Aline Köber, Verena Keppler und Thomas Mohr die „Passagiere“ ein. Die Fahrt ins Camp verlief nahezu staufrei. Nun waren alle Kinder komplett und in den Gruppen stellten sich die Betreuer den Kindern vor und jede Gruppe wählte dann einen Vertreter für den sogenannten „Senat“. Dieser tagte bei Bedarf. Dort konnten die Kinder, durch ihre „Senatoren“, Wünsche und Anregungen vorbringen, worüber der Senat dann abstimmte. Wie im „alten Rom“ eben. Die Auswahl, ob es einen Karaoke-Abend oder Kino-Abend geben soll, wurde genauso behandelt wie auch z. B. Essenswünsche der Kinder. Manchmal wurden auch Betreuer dem Senat gemel-



**Basteln im Arbeitskreis macht Spaß**

*Fortsetzung auf Seite 8*

Seit nunmehr 19 Jahren organisiert die JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei ein Ferien-Zeltlager in Markelfingen am Bodensee. Die Grundidee dazu hatte der damalige Vorsitzende der GdP JUNGE GRUPPE und heutige Gewerkschaftssekretär Ralf Knospe, der anfangs mit acht Kindern mit einer Radtour begonnen hatte. Die GdP wollte den stressgeplagten Eltern auch mal eine kinderfreie Woche ermöglichen und bot an, sich eine Woche deren Kinder anzunehmen. Betreut werden die Camp-Kinder von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen der Polizei des Landes und das Jahr für Jahr.

Aktuell gehen rund 120 Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 14 Jahren zur GdP-Freizeit mit und viele schon seit mehreren Jahren. Dass sich solch eine Freizeit nicht von selbst organisiert ist wohl klar. Melanie Nehls, Andreas „Andy“ Gühring, Klaus Vaupel und To-



**Erkenne den Geschmack. Das „Org-Team“ wird geprüft.**





**19. GdP KINDER- UND JUGENDFREIZEIT 2012**

Fortsetzung von Seite 7

det, die wegen kleiner Verfehlungen bestraft werden sollten. Weil ein Betreuer mit dem Handy auf dem Platz telefoniert hatte (was gegen die Lagerordnung verstößt), wurde er vom Senat auf Antrag bestraft und musste im „Circus Maximus“ gegen einen „Gladiator“ im Schlamm kämpfen, zur Freude aller „Bürger von Rom“.



**Der jüngste und ein älterer Teilnehmer der Jugendfreizeit.**

Das Wochen-Programm in diesem Jahr konnte sich sehen lassen. So gab es einen „Göttertanz“ (Lagertanz mit Choreografie), viele Arbeitskreise (Basteln und Handwerkerarbeiten), die „Soko Rom“ (Gluedo-Spiel), ein Geländespiel im Wald, ein Schlauchboot-Galeeren-Rennen, einen Tanzkurs, eine Nachtwanderung und, und, und ...

Für die älteren Gruppen gab es einen Tagesausflug nach Konstanz und die jüngeren Gruppen fuhren auf die Insel Mainau. Eine Attraktion war auch der Zauberer „Anderix“ der mit seinem Zauberworkshop und der Hüpfburg Kinderaugen zum Leuchten brachte.

Aber auch ein „Saftladen“ kam ins Camp. Dort konnten die Kinder unter Anleitung eines „Barkeepers“ eigene Cocktails mixen, natürlich alkoholfrei.

Im „Römerlager“ wurde aber auch großen Wert auf Ordnung und Sauberkeit gelegt. So gingen täglich die „Cäsaren“ Andy Gühring und Tobias Schmidberger zur Inspektion durch die Zelte und waren da in ihrem Element. Wer da am Ende die meisten Punkte für ein ordentliches Zelt erhielt bekam einen Preis.

Aber auch das schlampigste Zelt wurde täglich festgestellt. Wenn das Chaos im Zelt nicht beseitigt wurde, dann wurde „evacuare tentorium“ (sinngemäß „Entleeren des Zeltes“) angeordnet.

Dieses Jahr wurden auch zwei Betreuer geehrt. Manuela Mauz und Tobias Pape waren bereits zum 5. Mal als Betreuer ehrenamtlich dabei und erhielten vom Org.-Team ein Präsent.

Schnell verging die Woche im Zeltlager und schon stand der Tag vor der Abreise vor der Tür, jedoch mit zwei Highlights. Alle Gruppen dachten sich für den Abschlussabend einen eigenen Beitrag aus, der dann allen vorgeführt wurde. An diesem Tag hat sich auch hoher Besuch angekündigt und der kam prompt mit eigenem Motorrad an den Bodensee.

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann, ein bekennender Unterstützer der GdP Kinder- und Jugendfreizeit, besuchte erneut das GdP-Zeltlager.

Am nächsten Tag hieß es dann Abschied nehmen und nicht nur den Kindern fiel es schwer zu gehen. Auch einige Betreuer waren sichtlich gerührt, als sie von den Kindern zum Abschied in den Arm genommen wurden. Das spornt an und motiviert ungemein. Unser Dank gilt allen Organisatoren für ihre Arbeit, al-



**Ein bekennender Unterstützer der GdP Kinder- und Jugendfreizeit, Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann. Fotos: TM**

len Betreuern für ihr unermüdliches Engagement und auch allen Eltern für das entgegengebrachte Vertrauen. Bis zum nächsten Jahr. **TM**

**In tiefer Anteilnahme**



**Eine Stimme, die uns vertraut war, schweigt. Ein Mensch, der immer für uns da war, ist nicht mehr. Er fehlt uns. Was bleibt, sind dankbare Erinnerungen, die uns niemand nehmen kann.**

Nach langer schwerer Krankheit

verstarb am 28.07.2012

unser Vorstandsmitglied

Ewald Schöffler

im Alter von 61 Jahren

In tiefer Trauer

Der Vorstand der GdP Kreisgruppe LPD Stuttgart

